Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0,36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Nr. 2. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonnabend, den 3. Januar 1931. | 13. Jahrgang.

Jeder Tag ist sich genug . . .
und hat Tiefe und hat Höhe
wie ein ganzes Menschenleben:
Sonne, Wolken, Regentrübe,
Kleinmut, Reue . . und aufs Neue
Glauben wieder, Lachen, Lieder,
Glück und Liebe,
kranzumwunden,
und in buntem Wechsel Stunden:
manche Hoffnung still begrabend,
manchen Wunsch doch auch erfüllend,
dessen du kaum mehr gedacht . . .
jeder Tag hat seinen Abend,
und ein jeder seine Nacht!

Caesar Flaischlen.

Hat die Demokratie sich bewährt?

Von Dr. Fritz Meier.

Gegen das fortschreitende Sinken des Ansehens der Parteidemokratie hat jüngst laut Pressebericht der preußische Ministerpräsident Braun im Rundfunk einen Rettungsversuch unternommen. Er meint, die Demokratie, d. h. der Gedanke, die Verantwortung des ganzen Staatsvolkes an die Stelle der behaupteten besseren Einsicht eines einzelnen Mannes zu setzen, habe sich bewährt. Wir seien vielleicht zu jäh und übergangslos in den Besitz der vollen Rechte und in die Notwendigkeit, unser eigener Herr zu sein, versetzt worden. Aber man hätte meinen sollen, daß diese Wendung ein stolzes Glücksgefühl im Volke hätte auslösen müssen und in ihm den Willen und den Ehrgeiz erweckt hätte, sich mit allen Mitteln und Kräften politisch zu schulen, um jetzt der Welt nicht das Schauspiel zu bieten, daß große Teile des deutschen Volkes noch nicht reif seien, ihre politischen Geschicke selbst in die Hand zu nehmen.

Braun gesteht dann zu, daß eine jämmerliche Interessenpolitik vieler Gruppen es dahin gebracht habe, daß viele im Parlament nicht mehr den Brennpunkt aller politischen und geistigen Interessen der Nation sehen. Trotzdem betont Braun mit aller Schärfe, nicht die Demokratie als der Gedanke, daß ein Volk aus freier politischer Entschließung Vertreter wähle, die dann die politischen Geschicke der Gesamtheit betreuen sollten, habe versagt, sondern nur ein erheblicher Teil der deutschen Menschen, der der Verantwortung noch nicht gewachsen sei. Ferner werde systematisch am Untergang des Parlamentarismus gearbeitet durch Leute, die ins Parlament gingen und Todfeinde des parlamentarischen Systems seien.

Dieser Rettungsversuch Brauns sieht einer vernichtenden Kritik ähnlicher als einer Rechtfertigung. Es wird offen zugegeben, daß die Dinge sich nicht so entwickelt haben, wie es im Sinne des demokratischen Gedankens liegt. Dieser Gedanke selbst hat gewiß nicht versagt und kann gar nicht versagen, denn versagen können immer nur Menschen, aber keine Ideen. Was Braun theoretisch über die Demokratie sagt, das unterschreibe ich völlig. Der Gedanke, daß das Volk als ganzes sein politisches Schicksal bestimmen und daß das Gesamtwohl des Volkes der Leitstern aller Politik sein muß, ist unantastbar. Aber wie diese Idee Wirklichkeit werden kann, oder wenigstens angesichts der menschlichen Unvollkommenheit möglichst weitgehend zu verwirklichen ist, darin liegt das schwierige Problem der politischen Praxis.

Die monarchische Idee steht als solche der demokratischen keineswegs nach. Auch sie fordert einen Staat, in dem das Wohl des Volksganzen der Leitstern der Politik ist. Theoretisch ist also zwischen dem richtig verstandenen demokratischen und dem richtig verstandenen monarchischen Prinzip gar kein Wesensunterschied. Das zu lösende Problem ist aber nicht theoretischer, sondern praktischer Natur. Wir fragen nicht, was die Demokratie oder Monarchie nach den Anschauungen ihrer theoretischen Begründung *will*, sondern was sie *kann*. Darüber entscheidet nicht die Theorie, sondern die praktische Erfahrung. Mit der Parteidemokratie haben wir so trübe Erfahrungen gemacht, daß auch die glänzendste theoretische Rechtfertigung des Parlamentarismus das nicht beseitigen kann, was er an unserem Volke gesündigt hat. Es hat sich als ein verhängnisvoller Irrtum erwiesen, daß das demokratische Zahlenprinzip das wahre Interesse des Volksganzen zur Geltung bringen werde, daß alle gewählten Vertreter des Volkes Treuhänder des Allgemeinwohls wären. Sie sind in der Mehrzahl Treuhänder von Parteiinteressen oder von wirtschaftlichen Gruppen. Jede Partei sucht die Macht im Staate an sich zu reißen, nicht zu dem Zwecke, um unter Hintansetzung ihrer Sonderinteressen das Gesamtwohl des Volkes zu schützen, sondern um eben diese Sonderinteressen zum Leitstern der Politik zu machen.

Wenn Braun die Tatsache selbst zugeben muß, daß ein „erheblicher Teil der deutschen Menschen", sagen wir noch deutlicher der Parteiführer, der Verantwortung nicht gewachsen war, dann ist das doch für den Parlamentarismus nicht sehr schmeichelhaft. Jene Parteiführer, deren Unfähigkeit zum Regieren feststeht, haben dem System selbst das Grab gegraben. Es ist ein frommer Wunsch, daß das demokratische Prinzip in sich die Kraft hätte, im stolzen Glücksgefühl der Freiheit nun auch den Willen und Ehrgeiz im Volke zu züchten, sich politisch so zu schulen, daß alle Parteien sich selbstlos in den Dienst des Ganzen stellten. Daß das nicht geschieht, hat seinen Grund zum allerwenigsten in bewußter Bosheit. Den meisten Volksvertretern wird man den guten Willen nicht absprechen können. Sie glauben eben, daß ihre Parteiansicht über das, was dem Gesamtwohle des Volkes entspricht, die einzig richtige sei. Selbst wenn sie wie die Kommunisten ganz offen die Diktatur des Proletariats, d. h. die Beherrschung des Volkes durch eine einzelne Klasse, verkünden, glauben sie trotzdem, daß dieses dem Wohle des Ganzen am besten entspreche. So glaubt jede Machtgruppe durch Erringen ihrer alleinigen Herrschaft dem Gemeinwohle am besten zu dienen, die gegnerische Gruppe pflegt man aber wie eine Art Pestträger zu betrachten, deren Niederkämpfung dem Wohle des Staates dienen soll. Kann eine einzige Partei die ganze Macht nicht erringen, so teilt sie sich darin mit einer oder ein paar anderen gegen gewisse Zugeständnisse. Das ist der berühmte „Parteikuhhandel", der nicht selten staatliche Belange den Sondervorteilen der beteiligten Parteien opfert. So kann es denn kommen, daß „demokratische" Parteien diktatorisch regieren, aber nicht im Sinne einer Staatsdiktatur, sondern einer Parteidiktatur. Die geheiligten Rechte der Minderheit, die in einem wahren Volksstaate ebensoviel gelten wie die der Mehrheit, werden rücksichtslos, nicht etwa den Belangen des Staates, sondern denen der herrschenden Parteien untergeordnet. Das ist Demokratie in der Praxis, die Herrschaft von Interessentengruppen über den Staat, anstatt daß es umgekehrt sein sollte, wie es die demokratische Idee will.

Darum macht es auch gar keinen Eindruck mehr, wenn von seiten der angeblichen Hüter der Demokratie Kassandrarufe über die drohende Diktatur laut werden. Unter dieser wird gewöhnlich alles zusammengefaßt, was Schrecken und Abscheu erregen kann. Man denkt dabei an die schrankenlose Herrschaft des Säbels oder Polizeiknüppels. Eine solche Diktatur ist gewiß zu verabscheuen. Aber man wird uns nicht einreden können, daß Willkür- und Gewaltherrschaft zur monarchischen Regierungsweise gehöre und daß demokratische Regierungsformen die Herrschaft des Rechtes und der Freiheit sicherten. Der Gegensatz zwischen demokratischer und monarchischer Regierungsweise besteht nicht darin, daß im ersten Falle das ganze Staatsvolk selbstverantwortlich sei, während im zweiten die Verantwortung der „behaupteten angeblich besseren Einsicht eines einzelnen Mannes" obliege. Verantwortlich können überhaupt *nur* einzelne Menschen gemacht werden, aber keine Machtgruppe, weil Verantwortung ausschließlich etwas Persönliches ist. Daher kann bei der Herrschaft des bloßen Zahlenprinzips grundsätzlich überhaupt keiner verantwortlich gemacht werden. Da das aber unerträglich sein würde, so macht man trotzdem auch in der Demokratie einzelne Führer verantwortlich, und nicht das Volk, das sie gewählt hat. Darin liegt jedoch ein unverkennbarer Widerspruch im Prinzip selbst.

Diese Demokratie ist in der Idee ebenso schön wie praktisch unerreichbar. Regieren können doch nur einzelne Menschen, und es ist völlig ausgeschlossen, daß jemals die Wählermassen de jure für die Politik verantwortlich zu machen wären, auch wenn man sie noch so sehr über politische Fragen aufzuklären sucht. Der Wahlakt kann nicht unter rechtliche Verantwortung gestellt werden, wohl aber muß dies bei allen Regierungsakten geschehen, die einzelne Personen verantwortlich zeichnen. Ein Monarch, der zwar nicht für die Regierungsakte selbst, wohl aber für die Auswahl der Minister verantwortlich ist, trägt auch die Verantwortung für das ganze Gesamtwohl des Volkes. Daß er nicht alle anderen Glieder des Volkes an Einsicht zu übertreffen braucht, ist selbstverständlich. Wenn er zugleich ein großes Genie ist, so ist das eine besondere Gnade für ein Volk. Als „einzelner Mann" gilt er nicht mehr als jeder andere Volksgenosse, auch regiert er gar nicht „allein", sondern er hat viele Berater und Mitarbeiter. Bei ihm liegt nur der Schwerpunkt der Verantwortung. Er braucht keine übermenschliche Einsicht zu haben, auch nicht einmal die menschlich größte, aber er muß soviel Einsicht und Gewissen haben, um das Staatsinteresse von jeglichem privaten zu unterscheiden.

Ob dieser Monarch durch Erbfolge oder auf eine andere Weise bestellt wird, das berührt nicht den Kern der Sache. Die entscheidende Frage ist die, ob die Verantwortung sich auf eine Zahl verteilen läßt, oder ob sie eine persönliche Angelegenheit ist. Wir bestreiten das Erste und behaupten das Letzte. Daraus folgt notwendig die Ablehnung der Parteidemokratie, aber nicht die Forderung der Diktatur eines „einzelnen Mannes", sofern er eben der einzelne ist. Nur wenn er in seiner Person das Ganze verkörpert, können seine Entscheidungen autoritative Geltung haben. Es gibt keine bedingungslose Gewalt im Staate. Sie gebührt nie einem Einzelnen als solchem, sondern sie rechtfertigt sich nur dadurch, daß eine Einzelpersönlichkeit das Ganze vertritt. Diktatur als Willkür- und Gewaltregiment ist uns in jeder Form verhaßt, als Diktatur eines einzelnen Despoten ebenso wie die einer Partei oder Parteiverbindung. Aber Diktatur als Herrschaft des Staatsgedankens über alle Parteigedanken, die brauchen wir, die erhoffen und wünschen wir. Was den Namen Diktatur führt, ist auch dann, wenn es gut, bezw. notwendig ist, immer nur ein Notstand, der eintreten muß, wenn die politischen Kräfte des Volkes sich nicht zur Synthese Zusammenfügung) verbinden lassen. Glücklicher ist ein Volk dran, das gar nicht nach Republik oder Monarchie, nach Demokratie oder Diktatur zu fragen braucht, sondern das bei den Regierenden das findet, was die ewige Sehnsucht der Völker ausmacht: Heiße Vaterlandsliebe, nüchternen Wirklichkeitssinn, einen klaren Blick für die Lebensnotwendigkeiten der Nation, uneigennützige und unbestechliche Ausübung des Amtes, strengste Gewissenhaftigkeit und Pflichterfüllung, verbunden mit eiserner Willenskraft. Die Demokratie hat sich leider praktisch nicht bewährt, ihre Idee wird aber auch bei monarchischer Regierungsweise unentbehrlich sein.

Los vom Marxismus.

Die nachfolgenden, etwas ausführlichen Darlegungen eines Mitarbeiters möchten wir bringen, obgleich uns die Beurteilung der Gewinnung von Wirtschaftskapital doch etwas einseitig erscheint. Da möchten wir den Arbeiter-*Spargroschen* genau so bewertet wissen wie die hohen Gehälter und die *Gewinne* der Wirtschaft. So wird der Marxismus wahrscheinlich nicht überwunden.

Ist die Arbeitslosigkeit im Zusammenhang mit der durchgeführten Rationalisierung entstanden, so ist sie durch Wiederingangsetzung der augenblicklich stillstehenden Betriebe allein nicht zu beheben, sie verlangt vielmehr zu ihrer Beseitigung die Inangriffnahme neuer Kulturaufgaben. Die Maßnahmen der Regierung werden also nicht nur eine Entlastung der Betriebe, sondern auch die Ermöglichung einer ergiebigeren Kapitalbildung zum Ziele haben müssen. Auch die Kürzung der Beamtengehälter wird von diesem Gesichtspunkt aus zu beurteilen sein, ob sie den beiden gekennzeichneten Zwekken zu dienen geeignet ist. Bei Prüfung dieser Frage wird ohne weiteres klar sein, daß die Entlastung der Wirtschaft erreicht, die Kapitalbildung unter Umständen stark behindert wird. Bekannt ist ja, daß die Beamtenschaft starke kapitalbildende Kräfte in sich faßt, und daß das von ihr herangebrachte Kapital wohl kaum ins Ausland verschoben werden dürfte. Wenn nun die Kürzung der Beamtengehälter nicht zu umgehen ist, so wirft doch die Durchführung dieser Maßnahme ein bezeichnendes Licht auf die Anschauungen, die die Regierung und die hinter ihr stehenden Kreise über die Kapitalbildung überhaupt haben. Der Gesetzentwurf nimmt die unteren Gehälter vom Abbau aus und kürzt die Ministergehälter um 20 Prozent und die übrigen um 6 Prozent. Ist es der Regierung darum zu tun, den Rückgang der Kapitalbildung innerhalb der Beamtenschaft zu vermeiden, so müßte man annehmen, daß sie gerade bei den unteren Gruppen die kapitalbildenden Kräfte wähnt, daß mit steigendem Einkommen die Sparkraft schwindet, die dann bei den höchsten Gehältern, den Ministergehältern, ganz aufhört. Daß die Auffassung den Tatsachen nicht entspricht, ist wohl zweifellos. Nun ist bemerkenswert, daß die Art und Weise des Gehaltsabbaues im Gegensatz zu den Maßnahmen steht, die die Reichsregierung auf dem Gebiete der freien Wirtschaft durchführt. Hier dringt sie auf ei e Kürzung der niedrigsten Einkommen, während sie nichts unternimmt, um die hohen Einkommen heranzuziehen, ein Verfahren, das ihr schärfste Angriffe, insbesondere von

Die Erklärungsfrist läuft bis zum 7. Januar. Von dem Schlichtungsspruch werden mehr als 45 000 Arbeiter betroffen.

Noch ehe dieser Schiedsspruch Rechtskraft erlangt hat, sind die Arbeitgeber zu neuen Kündigungen geschritten, wobei sie zum Teil einen noch weitergehenden Lohnabbau fordern.

Eine weitere Meldung aus Wuppertal besagt: Der Verband der Arbeitgeber im Bergischen Industriegebiet hat heute das Gehaltsabkommen für die kaufmännischen und technischen Angestellten zum 28. Februar 1931 gekündigt. Ebenso wurde vom Arbeitgeberverband des Handels der Tarifvertrag in seiner Gesamtheit (Manteltarif) und Gehaltsabkommen und vom Industrieverband für Velbert und Umgegend das Gehaltsabkommen zum 31. Januar gekündigt.

Wie ferner aus Gladbach-Rheydt berichtet wird, hat der Arbeitgeberverband der Kleiderfabriken den Gewerkschaften die Lohn- und Manteltarife zum 28. Februar gekündigt. **Die Arbeitgeber verlangen einen 15prozentigen Lohnabbau und die Beseitigung der bisher den Zuschneidern gezahlten Befähigungszulage. Da auch die Spinnereien und Webereien die Tarife gekündigt haben, sind jetzt für alle Zweige der Gladbach-Rheydter Textilindustrie neue Lohnverhandlungen erforderlich.**

*

Der Lohnkampf in der Textilindustrie hat sich auch auf Ostsachsen ausgedehnt. Wie aus Zittau berichtet wird, hat der Arbeitgeberverband der Textilindustrie Ostsachsens in Zittau die Arbeiterlohntarifverträge für den Bereich der ostsächsischen Textilindustrie zum 28. Februar 1931 gekündigt. Von der Kündigung werden etwa 35 000 Arbeiter betroffen.

*

Am 7. Januar sollen auch im Tarifkonflikt des Ruhrbergbaus neue Verhandlungen stattfinden. Nach dem ergebnislosen Verlauf der bisherigen Schlichtungsverhandlungen sind formell die Kündigungen für rund 300 000 Bergarbeiter zum 15. Januar ausgesprochen worden.

Englische Kriegsschuldennote.

Frankreich soll aufwerten.

Der englische Botschafter in Paris hat im Namen seiner Regierung im französischen Außenministerium eine neue Note bezüglich der englischen Forderungen auf Bezahlung der Rückstände von während des Krieges in England aufgelegten französischen Anleihen in Gold überreicht.

Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" hierzu berichtet, handelt es sich um annähernd 50 Millionen Pfund Sterling, deren Wert seit Stabilisierung des Franken nur noch ein Fünftel des ursprünglichen Wertes ausmache. In der Antwort auf die erste britische Note hatte die französische Regierung das britische Ersuchen abgelehnt und darauf hingewiesen, daß die britischen Inhaber französischer Obligationen nicht schlechter daran seien als die französischen Inhaber.

Der französische Korrespondent des „Daily Telegraph" meldet aus Paris, der Inhalt der britischen Note sei noch nicht sicher bekannt. Man glaube aber, daß die britische Regierung darin mitteile, sie beabsichtige nötigenfalls ein internationales Schiedsgericht anzurufen.

Der „Matin" bemerkt zu der Note, daß die französische Regierung gelegentlich der ersten englischen Reklamation antwortete, die betreffenden Anleihestücke seien von englischen Zeichnern in Frankreich gezeichnet worden. Die englischen Besitzer könnten daher keine Vorzugsbehandlung beanspruchen, die französischen Anleihezeichner erhielten als Rückzahlung auch nur Papierfranken. „Matin" sagt voraus, daß auch die Antwort der französischen Regierung auf die neue englische Note in diesem Sinne ausfallen werde. **Die Einleitung eines Schiedsgerichtsverfahrens, wie sie englischerseits im Falle des Mißlingens der Einigung geplant sein soll, sei für Frankreich unannehmbar. Zunächst müßten sich die englischen Anleihezeichner an die französischen Gerichte wenden und alle Möglichkeiten, die diese ihnen zur Geltendmachung ihrer Ansprüche böten, erschöpfen.**

Der Vorstoß Vanderveldes.

Das Echo in Amerika.

Vanderveldes Bemühungen um die Beendigung der belgisch-französischen Militärentente werden von der amerikanischen Presse mit großem Interesse verfolgt und außer von der „Neuyork Times" durchweg begrüßt. Die Aktion kam der amerikanischen Oeffentlichkeit etwas überraschend, da man gerade von belgischer Seite einen derartigen Schritt nicht erwartet hatte. Um so erfreuter ist man über diesen Beweis, daß „selbst in unmittelbarer Nähe Deutschlands die Furcht vor deutschen Revanchegelüsten geschwunden ist" und bezeichnet das Vorgehen der Flamen und belgischen Sozialisten als eine wertvolle Unterstützung der amerikanischen und sonstigen Bestrebungen nach weiterer Abrüstung.

„Public Ledger" hält Vandervelde Forderung für eine Aktion von größter Bedeutung, die die erste Bresche in Frankreichs Bündnissystem schlage, ein System, dessen baldige Beendigung, wie das Blatt schreibt, „sowohl von der britischen, wie der amerikanischen Regierung sehr gewünscht" werde. Auch Lord Cecils Rundfunkrede über die Abrüstung wird stark beachtet und an sichtbarer Stelle abgedruckt.

Neujahrsbotschaft Baldwins.

Er hofft auf einen konservativen Wahlsieg.

Baldwin wirft in einer Neujahrsbotschaft der Arbeiterregierung vor, daß sie bei der britischen Reichskonferenz und in der Frage der Behebung der Arbeitslosigkeit vollständig versagt habe. Er spricht die Ueberzeugung aus, daß die Wählerschaft sich schon darüber klar sei, was eine sozialistische Regierung bedeute, und daß bei den, wie er hoffe, in absehbarer Zeit stattfindenden Neuwahlen eine konservative Regierung ans Ruder kommen werde.

Die konservative Politik werde einschließen einen Notstandszoll auf ausländische Fabrikate, die größtmögliche Förderung des Reichshandels durch größtmögliche Anwendung der Grundsätze des Reichsfreihandels, strenge Sparsamkeit, Erleichterung der Steuerlasten der Industrie und eine großzügige Landwirtschaftspolitik, die das Dumping ausländischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse verhindern und den Landwirten garantierte Preise und ein Absatzgebiet für ihren Weizen sichern werde.

Um den Vorsitz in Genf.

Noch keine Entscheidung.

Verschiedentlich wurde auf Grund von Genfer Berichten gemeldet, daß die deutsche Regierung auf die Stellung des Vorsitzenden bei der Völkerbundsratsversammlung verzichtet habe. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß es sich überhaupt nicht um einen Verzicht handeln kann, sondern nur um einen Tausch, d. h. wenn Deutschland bei der Januarsitzung den Vorsitzenden nicht stellt, es bei der nächsten Völkerbundsratssitzung den Vorsitzendenposten für sich in Anspruch nimmt. Im übrigen ist die Frage des Vorsitzes bei der Januar-Versammlung noch nicht entschieden, und es finden weiterhin Besprechungen statt.

Regierung und Ruhrkonflikt.

Kein Eingreifen des Reichsarbeitsministers.

In der Presse ist verschiedentlich im Zusammenhang mit dem Ruhrschiedsspruch die Behauptung aufgetaucht, die Reichsregierung habe den Zechenbesitzern eine rund achtprozentige Lohnsenkung fest zugesagt. Von dem für die Lohnpolitik zuständigen Reichsarbeitsminister wird hiergegen festgestellt, daß er eine derartige Zusage nicht gegeben hat und auch angesichts der gesetzlich verbrieften Unabhängigkeit der Schlichtungsstelle gar nicht hätte geben können.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 2. Januar 1931.

:: **Die Gehaltskürzung in Bayern.** In Erfüllung der auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 für die Länder bestehenden Verpflichtung, die Bezüge der Beamten usw. zu kürzen, hat der bayrische Ministerrat den Erlaß einer Verordnung beschlossen, die vom 1. Februar 1931 an auf die Dauer von drei Jahren die Dienstbezüge der Staatsbeamten im Dienste, die Versorgungsbezüge der Staatsbeamten und ihrer Hinterbliebenen usw. um 6 Prozent mit der Maßgabe kürzt, daß die Bezüge von jährlich 1500 Mark und weniger von der Kürzung befreit sind. Die Bezüge der Minister und Staatssekretäre werden ebenso wie die Bezüge der Staatsbeamten um 6 Prozent gekürzt.

:: **Der preußische Wohlfahrtsminister Hirtsiefer,** der als preußischer Ostkommissar an der Ostreise des Reichskanzlers teilnehmen sollte, ist erkrankt und wird deshalb voraussichtlich die Reise nicht mitmachen können.

:: **Dr. Schmelzle Präsident des Verwaltungsgerichtshofs.** Auf Grund eines Beschlusses des bayerischen Gesamtministeriums vom 29. Dezember wurde Staatsrat Dr. Schmelzle, der bis August v. J. dem Kabinett als Finanzminister angehörte, zum Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes als Nachfolger Dr. Kahrs ernannt. Ferner wurde Ministerialrat im Staatsministerium für Unterricht und Kultus Dr. Adolf Hezner zum Senatspräsidenten beim Verwaltungsgerichtshof befördert.

Der Christlich-soziale Volksdienst ist im Reichstagsausschuß für die Bittschriften vertreten durch Teutsch (Baden), im Ausschuß für Handelspolitik durch von Lindeiner-Wildau, im Ausschuß für Bevölkerungspolitik durch Frau Eitner, im Ausschuß für Wohnungswesen durch Schmidt-Kassel, im Ausschuß für Bildungswesen durch D. Mumm und Rektor Kling, im Ausschuß für Rechtspflege durch Muntau, im Ausschuß für das landwirtschaftliche Siedlungswesen und Pachtschutzfragen durch Meyer-Hannover und im Ausschuß für die Kriegsbeschädigtenfrage durch D. Mumm (Vorsitzender) und Lic. Schmidt-Westfalen.

Dr. Schiele-Naumburg über den Wert der Abstinenz von Alkohol.

Die Kraft der Jugend ist die potentielle Energie eines Volkes. Die Größe der Vitalität eines Volkes hängt von dieser Jugendkraft ab. Seitdem ein immer größerer Teil der deutschen Jugend seine potentielle Energie, seine Lebenskraft nicht mehr — wie etwa vor 20 Jahren noch — im Kneipenleben und Biertrinken ersäuft, sondern dem Sport, der Leibesschulung und Geistesschulung, zuwendet, ist eine viel größere Quantität an Lebensenergie gegeben.

Ich habe schon in Vorkriegszeiten oft ausgesprochen. Wenn die deutsche Jugend mal das Saufen sein läßt, so wird eine gewaltige Steigerung aller wissenschaftlichen, technischen, künstlerischen Leistungen eintreten und außerdem wird eine ganz andere Schönheit dieser Jugend in Erscheinung treten. Denn es ist unglaublich, wieviel Lebensenergien der Jugend und auch des späteren Mannesalters am Biertisch vergeudet worden sind.

Also darin sind die Zeiten wirklich besser geworden, — auch ohne zwangsweise Trockenlegung. Vielleicht sind wir dem Ideal der Volkshygiene und Volksmoral auf diesem Wege der freien Willensbildung um ein sehr viel größeres Stück näher gekommen, als das amerikanische Volk mit seiner zwangsweisen Trockenlegung und der damit verbundenen volksverderbenden Unmoral.

Kirchennachrichten der Zionsgemeinde.

Sonntag, den 4. Januar 1930 (S. n. Neujahr).

Vorm. 8½ Uhr: Pastor Vischer; 9 Uhr: Pastor Thiemann, anschließend Beichte und Abendmahl; 10 Uhr: Pastor Stratenwerth; 11½ Uhr: Kindergottesdienst. — Dienstag, 19½ Uhr: Pastor Röhl, Epiphaniasfeier; Abordnung: Miss.-Insp. Trittelvitz. — Montag und Mittwoch bis Sonnabend abends 8 Uhr in Zion: Allgemeine Gebetswoche.

Kirchennachrichten für Schildesche.

Sonntag, den 4. Januar 1931, 10 Uhr vorm.: Hauptgottesdienst, Pastor Hopmann; 1½ Uhr nachm.: Kindergottesdienst.

Bethel.

— In der Zionskirche sind an den Feiertagen gefunden worden: 2 Kinderschirme, 1 großer Schirm, einige einzelne Handschuhe — Kinderhandschuhe, 1 wollene Mütze. Abzuholen bei der Kirchenschwester in Gibeon.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.

Der Herr ist mein Hirte!

Heute morgen nahm der Herr unsere liebe Mutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau

Henriette Heering

geb. Vedder

im Alter von 70 Jahren zu sich in Sein himmlisches Reich.

In tiefer Trauer:

Martin Heering u. Frau Alwine geb. Mahler
Julius Heering u. Frau Lisette geb. Valentin
Kurt Gädecke u. Frau Luise geb. Heering
G. Heinr. Funke u. Frau Martha geb. Heering
Arthur Heering, und 4 Enkelkinder.

Stein b. Nürnberg, Elfringhausen, Joachimshof, Treysa, Silvester 1930.

Die Beerdigung findet in Bad Salzuflen i. L. am Sonnabend, den 3. Januar 1931, nachm. ½3 Uhr statt. Trauerfeier ½ Std. vorher in der Friedhofskapelle, Herforderstr. Sammelpunkt Bergfrieden.

Aus unserem neuen Gratis-Katalog:

Damen-Schuhe Lack od. schwarz Leder, hohe u. niedere Absätze, Gr. 36/41 **5.90**

Viele hunderte ebenso billige Schuhe finden Sie in unserem Prachtkatalog. Verlangen Sie kostenlose Zusendung!

Deutsch-Amerik. Schuhgesellschaft München K 98 m.b.H. Rosenstr. 11

Haustochter

nicht unter 20 Jahren, schlicht um schlicht, sofort gesucht.

Frau Professor Schüle, Essen, Christophstraße 13.

Für sofort ein gläubiges, nicht zu junges

Dienstmädchen

das schon Kenntnisse im Haushalt hat, gesucht. Familienanschluß im Arzthaushalt. Angebote an die Geschäftsst. d. Bl. unt. A 1010

Ruhesitz

in Ottleben, Kr. Oschersleben (Bode). Bahnstat., ca. 1 Morgen groß, Wohnhaus und Stallung massiv. 7 Zimmer, Veranda, 6 Kammern, Küche, große Keller, Geflügel- und Obstgarten, sofort beziehbar, für 12000 Mk. zu verkaufen. Anzahl. 7000 Mk. oder zu verpachten für 80 Mk. monatl.

Wilh. Vasel, Wend. Priborn i. M.

Geb. jung. Mädchen, mit mehrj. Erfahrung im Haushalt und evtl. Krankenpflege sucht

Stellung

als Haustochter, möglichst mit Gehalt. Angebote unter A 1007 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Gärtnergehilfe

(ledig, 27 Jahre, Pastorensohn) sucht Anstellung in christl. Anstalt. Angebote erbittet

Hans Busch, Naumburg a. S. Artilleriestraße 6 II

Apfelsinen-Marmelade I sehr pikant
Apfelsinen-Marmelade II pikant bitterl.
Zitronen-Gelee, erfrischend im Geschmack, sehr blutreinigend bei Hautunreinigkeiten, Gesichtsausschlag, Katarrhe. Glas- und Eimerversand: ca. 3, 4 und 10 Pfund Postpakete = Mk. 2.70, 3.60 und 8.90 franko Nachnahme.

Wilhelm Steinhauer, Wisselsheim bei Bad Nauheim.

Mein echter

Tilsiter Vollfettkäse

mit 48/52% Fett i. T. kostet ab heute nur RM 1.00 pro Pfd. Versand erfolgt nur in Postkollis unt. Nachn., Porto u. Verpackung frei.

Friedrich Stoizka

Dampfmolkerei Jedwillelten, Post Motzweithen. Tilsiter Niederung.

Erst prüfen, dann kaufen!

ianos

Harmoniums

erstklassige und solide Fabrikate.

Mäßige Preise! Bequeme Teilzahlung

Bielefelder Piano- u. Harmonium-Hdlg.

Otto Stierstadt

Bielefeld, Arndtstraße 11.

Gegr. 1905. Tel. 7378

Briefmarken

Auswahlen, sehr preiswert, unverbindlich.

Neumann, Hauptm. a. D. Bad Salzuflen.

Schwermütige, Verzagte, Erholungsbedürftige und solche, die **in geistiger Not sind,** finden freundliche Aufnahme und Hilfe im Herrn zu mäßigem Preise im

Erholungsheim Haus Friedensruh

in **Laufen/Eyach, O/A Balingen** (Württbg.) Sommer und Winter geöffnet. Anfragen sind zu richten an die **Leitung des Hauses.**

ärztlich empfohlen **Pastor Felkes**

Magenstärker

hilft bei allen Magenbeschwerden ganz hervorragend. Erhältlich in den Apotheken, wo **nicht, direkte** Zusendung **ohne** Preisaufschlag franco gegen Nachnahme (Mk. 3.50 d. Fl.) durch die allein berechtigte Herstellerin:

Firma Hermine Schmitz, Duisburg

Fabr. pharmaz. Präparate, gegr. 1903

Liebhaber-Photographen

decken ihren Bedarf in der

Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955